



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 597 Anfrage Koch Hannes und Mit. über die hohe Phosphorbelastung der Luzerner Mittellandseen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Hannes Koch ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Hannes Koch: Die Phosphorthematik in den Mittellandseen begleitet uns bereits seit vielen Jahren und wird das auch weiterhin noch tun. Die Überversorgung der Böden mit Phosphor ist eine Altlast, die von unseren Vorfahren mit dem damaligen Wissen verursacht wurde. Die Phosphorbelastung der Mittellandseen ist ein bedauerliches, aber sehr gutes Beispiel, was nicht nachhaltiges Arbeiten bedeutet. Die Problematik des Phosphors in den Mittellandseen hat ihre Ursachen in der Vergangenheit. Heute werden die Landwirte dadurch eingeschränkt und können nicht frei arbeiten. Sie müssen Auflagen befolgen und können freiwillig beim Seeprojekt mitmachen. Das Dramatische am Ganzen ist, dass die Massnahmen, welche die Landwirte freiwillig, aber in grosser Zahl umsetzen, nicht ausreichen, um die Seen nachhaltig gesunden zu lassen. Damit die Seen nachhaltig gesunden können, muss die Phosphorfracht in den See halbiert werden. Es genügt nicht, eine zusätzliche Anreicherung zu verhindern. Den beiden Dienststellen Umwelt und Energie (Uwe) sowie Landwirtschaft und Wald (Lawa) ist es seit mindestens einem Jahrzehnt bekannt, dass der Phosphorgehalt der Böden abnehmen und die bodenbürtigen Phosphorbelastungen der Seen verringert werden müssen. Wir sprechen uns aber nicht gegen die Forschungsarbeit aus. Die Forschungsarbeit macht Sinn, weil sie an Massnahmen gekoppelt ist. Es ist aber wichtig, dass diese Massnahmen konsequent durchgeführt und überwacht werden. Das bedeutet, dass es keine Aufstockung der Tierbestände mehr geben darf. Das Raumplanungsgesetz lässt dies aber noch zu, sofern weniger als die Hälfte aus bodenunabhängiger Tierproduktion stammen. Mir ist es wichtig festzuhalten, dass die heutigen Landwirte alles richtig machen, so wie es die Vorgaben der beiden Dienststellen Uwe und Lawa verlangen. Genau dort zeigt sich der Interessenkonflikt der Thematiken Landwirtschaft und Umweltschutz. Wir müssen eine Wertediskussion führen, was für uns wichtig ist – einerseits eine Landwirtschaft, die eine hohe Wertschöpfung erreichen kann, gleichzeitig muss der Umweltschutz aber gewahrt werden. Die Dienststellen Lawa und Uwe gehören zum gleichen Departement, das ist eine Gratwanderung. Geht das? In der Antwort zu Frage 3 erklärt der Regierungsrat: „Bis anhin war es nicht möglich, stark phosphorbeitragende Flächen eindeutig zu identifizieren.“ Diese Aussage trifft zumindest auf den Sempachersee nicht zu; die Flächen sind bekannt und ausgewiesen, aber es gibt – wie es zu erwarten war – keine Hotspots, die angegangen werden können. In der Antwort zu Frage 4 sagt der Regierungsrat: „Das Forschungsprojekt verfolgt die folgenden Zielsetzungen: Aufzeigen einer Methodik zur Identifikation der Flächen, die in hohem Masse zum Phosphoreintrag in die Seen beitragen und Bestimmung dieser Flächen im Pilotgebiet.“

(...)“. Die Dienststelle Uwe kennt die jährlichen Phosphorfrachten der meisten Zuflüsse in die Mittellandseen. Sie kennt auch die Flächen der Einzugsgebiete. Es ist eindeutig, dass die Dienststelle Uwe diese Berechnung bereits heute kennt und anwendet. Damit wären wir wieder beim Interessenkonflikt. Auch nach einer erneuten Forschungsarbeit werden wir die Seen weiter mit Druckluft und Sauerstoff behandeln müssen, damit wir den Status quo halten können. Das kostet die Allgemeinheit jährlich eine Stange Geld, die Belüftung mit Druckluft und Sauerstoff kostet über 200 000 Franken. Wir brauchen eine nachhaltige Lösung, wobei alle Betroffenen mit einbezogen werden sollen, vor allem auch die Landwirte und die Berufsfischer.

Fredy Winiger: Die Antwort des Regierungsrates ist absolut korrekt. Die Gesetzgebung respektive die Direktzahlungs- und Phosphorverordnungen geben den Betrieben in den Zuströmbereichen der Mittellandseen klare Vorgaben, wie viel Phosphor, aber auch Stickstoff auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgebracht werden dürfen. Seit 1999, als das erste Phosphorprojekt gestartet wurde, sind viele Betriebe dem Projekt freiwillig beigetreten. Somit sind seither viele 100 Tonnen weniger Phosphor in diese Böden ausgebracht worden beziehungsweise im Seeinzugsgebiet in die Böden gelangt. So sind es durchschnittlich 82 Prozent des Phosphors, die auf die Böden mit Hofdüngern ausgebracht werden, gegenüber dem, was die Pflanzen den Böden entziehen. Wie die Regierung schreibt, ist zurzeit ein Forschungsteam an der Arbeit und eruiert die stark durchlässigen Böden. Aufgrund dieser Resultate können gezielte Massnahmen ergriffen werden, welche eine Verringerung der Phosphoreinträge in die Gewässer sicherstellen. Warten wir doch diese Ergebnisse ab. Die Landwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung bewusst und nimmt ihre Rolle dementsprechend wahr. Die Landwirtschaft soll nicht als alleiniger Sündenbock abgestempelt werden, denn die Phosphorgehalte im Sediment stammen nicht von ihr allein.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Phosphorbelastung der Mittellandseen beschäftigt uns; seit 30 Jahren werden die Seen untersucht und belüftet, und es gibt verschiedenste Projekte, um den Phosphoreintrag zu reduzieren. Inzwischen geht es dem Sempachersee wesentlich besser als dem Baldegger- und Hallwilersee. Wir sind uns bewusst, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht. Wir haben in unserem vor einem halben Jahr veröffentlichten Umweltbericht klar aufgezeigt, wie es um diese Seen steht. Zurzeit läuft ein Auftrag für das Phosphorprojekt, Phase III, 2020. Wir arbeiten hier zusammen mit dem Verband der Luzerner Bäuerinnen und Bauern und Agroscope, der nationalen Forschungsanstalt des Bundes. Die Agroscope wird neu organisiert, und wir können davon ausgehen, dass der Kanton Luzern bezüglich Ammoniak und Phosphor einen Antennenstandort erhält, um vor Ort gute Resultate erzielen zu können. Die Regierung wünscht sich eine ökonomischere Landwirtschaft, wie es in unserer neuen Landwirtschaftsstrategie festgehalten ist. Diese Strategie dient als Basis, um unser kantonales Landwirtschaftsgesetz anzupassen. Dabei können wir auch die Wertediskussion über die Landwirtschaft führen und miteinander definieren, welche Landwirtschaft für den Kanton Luzern die richtige ist. Die Antworten zu den Fragen 3 und 4 hängen mit einem Forschungsauftrag zusammen. Der Bericht liegt teilweise vor. Es ging nicht darum zu wissen, wie viel Eintrag in die Seen erfolgt, sondern darum, die lokalen Stellen zu verifizieren. Die Dienststelle Uwe weiss nach wie vor, wie viel Phosphor eingetragen wird, das Resultat gibt uns aber nicht den gewünschten Hinweis, den wir gerne gehabt hätten. Die Bearbeitung der Problematik geht also auch in den nächsten Jahren weiter.